

Corona in den USA: Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

26. November 2020

„Nach den US-Präsidentschaftswahlen: Neustart der internationalen Beziehungen?“

Reinhard Wolf, Universität Frankfurt/Main

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg, mein Name ist Anja Schüler. Vier Wochen nach den U.S.-Präsidentschaftswahlen nimmt Joe Bidens Kabinett trotz der Stürfeuer aus dem Trump-Lager Konturen an. Der neue amerikanische Präsident und seine Mannschaft sehen sich riesigen Aufgaben gegenüber. Ganz oben auf der Liste steht sicherlich die Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber auch die Frage, ob die USA wieder verstärkt die Rolle einer internationalen Ordnungsmacht übernehmen werden. Um einen Neustart für die internationalen Beziehungen des Landes soll es in dieser Ausgabe des HCA- Podcast gehen. Ich freue mich, dass Reinhard Wolf heute zu Gast ist. Er ist Inhaber der Professur für Internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt Weltordnungsfragen an der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Rolle, die Status und Emotion in der internationalen Politik spielen. Sein neuestes Projekt ist eine Studie über Respekt und Respektlosigkeit in den internationalen Beziehungen. Herzlich willkommen zum HCA-Podcast, Herr Wolf.

Reinhard Wolf: Vielen Dank, dass ich dabei sein darf.

Anja Schüler: Hallo nach Frankfurt. In Sachen Respektlosigkeit auf dem internationalen Parkett hat der scheidende Präsident ja durchaus Maßstäbe gesetzt. Joe Biden will jetzt vieles anders machen und sein designiertes Kabinett gibt uns bereits eine kleine Vorstellung davon. Schauen wir doch zunächst einmal auf das Außenministerium. Mit Antony Blinken wird wohl ein sehr erfahrener Diplomat der Nachfolger von Mike Pompeo. Blinken begann seine diplomatische Karriere in der Clinton-Administration, war unter Obama zunächst Bidens Sicherheitsberater und später stellvertretender Außenminister. Er gilt als ideologiefreier Befürworter des Multilateralismus. Steht er für eine Kehrtwende in der amerikanischen Außenpolitik?

Reinhard Wolf: Also, wenn man ihn vergleicht mit seinem Vorgänger Pompeo, dann durchaus. Die Gründe haben Sie gerade schon genannt. Er ist erfahren in einer früheren demokratischen Administration, die sich nach der Bush-Administration die Wiederherstellung der amerikanischen Führung in multilateralen Kontexten zur Aufgabe gemacht hat. Das ist klar eine Linie, die Blinken verfolgen will und auch soll. Von daher ist das sicherlich ein personeller Neuanfang, der die neue Linie der ganzen Administration mitsignalisiert. Aber das gilt natürlich auch für andere neue, enge Mitarbeiter des künftigen Präsidenten: Jack Sullivan, John Kerry und auch die vorgesehene U.N.-Botschafterin Linda Thomas Greenfield. Alle hatten schon während der Obama-Administration prominente Positionen inne und, so könnte man sagen, versuchen sich hier so ein bisschen an der Außenpolitik der dritten Amtszeit der Obama-Administration. Danach sieht es für mich, was die Ambitionen angeht, jedenfalls aus.

Anja Schüler: Von Antony Blinken wissen wir ja, dass er seine Jugend in Pariser Diplomaten und Künstlerkreisen verbracht hat. Können wir davon ausgehen, dass sich das transatlantische Verhältnis jetzt wieder etwas harmonischer gestalten wird?

Reinhard Wolf: Man könnte überspitzt sagen: „Viel schlechter kann es ja eigentlich nicht mehr werden.“ Also davon gehe ich fest aus, dass sich die USA natürlich jetzt unter dem neuen Präsidenten sehr bemühen werden, die Beziehungen wieder zu verbessern, quasi die Scherben aufzukehren, die Trump hinterlassen hat. Das ist eindeutig. Dafür steht Biden. Er will mit den Demokratien dieser Welt viel enger zusammenarbeiten, für gemeinsame Werte und Menschenrechte stehen. Und er hat sich auch sehr dezidiert für eine Stärkung der NATO ausgesprochen. Auch hier also sieht man eine starke Abkehr von Trumps Position, der, wenn man John Bolton glauben will, in Brüssel ja wirklich kurz davorstand, die amerikanische Mitgliedschaft zu kündigen, relativ spontan. Bei Biden sieht es nun ganz anders aus. Er hat in einem Aufsatz in der angesehenen Zeitschrift *Foreign Affairs* vor einigen Monaten sogar von Amerikas heiliger Verpflichtung gegenüber seinen Alliierten gesprochen. Das ist schon ein sehr, sehr starkes Wort für ihn, insbesondere vor dem historischen Hintergrund, dass die USA Allianzen ja lange Zeit eher skeptisch gegenüberstanden. Zumindest auf der verbalen Ebene ist da ein klares *Commitment* erst einmal vorhanden.

Anja Schüler: Also kein „America First, America Alone“ mehr?

Reinhard Wolf: Nein, das ist ganz klar so, dass die Administration den Multilateralismus wieder stärker betonen möchte und eben auch die amerikanische Führung darin. „America First“ ganz bestimmt nicht. Genau wie wir eben betont Biden auch, dass „America First“ eigentlich „America Alone“ bedeutet. Die USA können nur dann prosperieren, Erfolg haben, wenn sie sich mit Verbündeten zusammenschließen, wenn sie sich abstimmen. Und das gilt natürlich für ganz, ganz viele Probleme, angefangen bei der Gesundheit. Man will der WHO wieder beitreten, Klimaverhandlungen und vielleicht sogar die Beziehungen zu China wieder aufnehmen. Diese Administration geht klar davon aus, dass sie auf die Zusammenarbeit mit verbündeten Partnern angewiesen ist, auch in Ostasien.

Anja Schüler: Das ist ein gutes Stichwort. Sie haben gerade gesagt, dass es im Grunde genommen ein bisschen die Fortsetzung der Außenpolitik der Obama-Administration wird. Die hat sich dann schon ein bisschen gewendet im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen, eben nach Asien. Und in Asien gibt es einiges zu reparieren. Das Verhältnis zu China ist nach Trumps Äußerungen über das „Chinese Virus“ und seiner Politik der Strafzölle doch erheblich beschädigt.

Reinhard Wolf: Ja, aber da würde ich sogar eine gewisse Kontinuität erwarten. Denn Biden kann sich von diesen Strafzöllen nicht so leicht verabschieden. Natürlich würde dies die chinesische Seite sehr gerne sehen, aber er muss für die Zurücknahme dieser Zölle jedenfalls partiell chinesische Zugeständnisse verlangen, sonst sieht er schwach aus. Zudem gibt es gerade im Kongress doch einen zunehmenden parteiübergreifenden Konsens, dass man gegenüber China mehr Härte zeigen müsse. Von daher ist es besonders schwierig, jetzt einfach zum Status Quo Ante wieder zurückzukehren. Hinzu kommt, dass Biden ganz anders als Trump immer wieder deutlich gemacht hat, dass seine Regierung und die USA wieder für Werte und für Menschenrechte einstehen möchten, insbesondere natürlich auch im Verhältnis zu China. Sehr plakativ und eindrucksvoll ist auch jene Äußerung Bidens vor nicht allzu langer Zeit gewesen, als er Xi Jinping, den chinesischen Präsidenten, als *Thug*, also als Ganoven oder Schurken bezeichnet hat – nicht sehr diplomatisch. Das lässt durchaus ein bisschen vermuten, dass da jetzt nicht unbedingt eine weiche Linie gefahren werden soll. Ich könnte mir

vorstellen, dass es wirtschaftlich ein bisschen entspannter und pragmatischer wird. Was ich noch sagen wollte, ist, dass es nicht einfach so eine Rückkehr zur Obama-Administration geben wird, auch nicht im Verhältnis zu den Europäern. Denn meine These wäre, dass Biden das weitgehend versuchen wird. Aber die Situation in den USA ist jetzt doch gerade innenpolitisch deutlich anders als noch vor fünf Jahren, wenn wir an die Polarisierung denken und an die Möglichkeit, dass der Senat in republikanischer Hand bleiben wird. Ich würde erwarten, dass es für Biden auch nicht so einfach sein dürfte, der europäischen Seite viele Zugeständnisse zu machen, insbesondere dann, wenn es etwas kostet und der Senat, noch unter Umständen unter republikanischer Mehrheit, zustimmen müsste – oder Biden müsste zumindest einige Senatoren und Senatoren gewinnen für solche Maßnahmen. Meine Befürchtung ist einfach, dass viele dieser Ambitionen, über die wir gerade gesprochen haben, in dem gegenwärtigen innenpolitischen Klima nicht so richtig realisiert werden können, dass der Schwerpunkt dann vielleicht auch stärker bei der Innenpolitik liegen wird, um das Land zu befrieden, dass die Republikaner vielleicht doch mehr blockieren werden, wenn sie das können. China wäre wohl eher eine Ausnahme. Da zieht man weitgehend an einem Strang über die Parteidifferenzen hinweg. Aber bei anderen Problemen können sie schon blockieren – beim Klima zum Beispiel, darauf komme ich nachher noch. Vor allen Dingen könnte ich mir auch vorstellen, dass die potenziellen Partner der USA auch registriert haben, wie knapp diese Wahl jetzt eigentlich ausgegangen ist. Wenn wir jetzt mal den großen Vorsprung von Biden bei der *Popular Vote* im Moment außer Acht lassen und uns ansehen, wie knapp es in einigen Staaten war, die Biden gewonnen hat, wie Georgia, Arizona, Wisconsin – nun, die Wahl hätte mit etwas Pech für Biden auch anders ausgehen können. Daher denken sich vielleicht auch viele Regierungschefs oder Premierminister*innen, dass es keineswegs ausgeschlossen ist, dass in vier Jahre wieder ein Republikaner, wenn nicht sogar Trump selber, im Weißen Haus sitzt oder jemand, der jedenfalls eine ganz ähnliche Linie verfolgen wird. Das reduziert natürlich ein bisschen die Verlässlichkeit.

Anja Schüler: Ja, ganz klar. Also eine Rückkehr zum Status Quo Ante ist wegen der innenpolitischen Gegebenheiten schwer und man wird eben auch erstmal abwarten, ob das jetzt sozusagen von Dauer ist. Die Klimapolitik haben Sie jetzt selbst zweimal schon angesprochen. Joe Biden will John Kerry zu seinem Klima-Sonderbeauftragten machen – was eine neue Position ist. Dieser wird auch erstmals dem Nationalen

Sicherheitsrat angehören – was nicht unwichtig ist. Biden hat außerdem angekündigt, dass sein Land am Tag eins seiner Präsidentschaft wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten wird. Werden die USA jetzt die globale Führungsrolle beim Kampf gegen die Erderwärmung übernehmen?

Reinhard Wolf: Ich fürchte, das wird nicht so einfach werden. Denn ambitionierte klimapolitische Ziele müssen auch im Inneren der USA umgesetzt werden. Obama hat schon ähnliche Ziele verfolgt, eigentlich sogar die Clinton-Gore Administration in den neunziger Jahren. Viele dieser Ambitionen sind jedoch im Kongress gescheitert, weil dieser nicht parteiübergreifend notwendige Gesetzgebungen beschließen konnte. Bei den Republikanern gibt es inzwischen schon auch einige Senatoren und Abgeordnete, die diesen Zielen ein bisschen aufgeschlossener gegenüberstehen. Aber auch sie müssen ihre Wiederwahl im Auge behalten. Und wenn Trump noch einflussreich bleiben sollte, wovon ich ausgehe, kann er auch mit seinen Tweets solchen Leuten das Leben schwer machen und sie als Verräter brandmarken. Von daher bin ich da nicht so furchtbar optimistisch. Es gibt natürlich noch die Möglichkeit für den Präsidenten, per Regierungsdekret die amerikanische Klimabilanz wesentlich zu verbessern. Das hat Obama mit seinem *Clean Power Plan* versucht, und da sind ihm auch Grenzen aufgezeigt worden, nicht zuletzt vom Obersten Gerichtshof. Also selbst diese Regierungsdekrete können nur in beschränktem Umfang die Wirtschaft regulieren und selbst in diesem Zusammenhang ist das Verfahren nicht so einfach: Es kann nicht einfach der Präsident bei diesen wirtschaftspolitischen Themen ein Dekret festlegen, sondern da gibt es auch Prozesse, die Anhörungen etwa von betroffenen Wirtschaftsverbänden miteinschließen. Es gibt bestimmte rechtliche Vorgaben, die es nicht leicht machen, so ein Dekret zu erlassen und dann natürlich auch diejenigen, die Trump vorher erlassen hat zu kassieren. Da gibt es noch deutliche Hindernisse.

Anja Schüler: Aber der linke Flügel der Demokraten könnte bei der Klimapolitik mehr Druck machen.

Reinhard Wolf: Das wird er sicherlich versuchen. Und im Prinzip ist ja auch die Biden-Administration durchaus ambitioniert; bis 2035 soll der amerikanische Strom sauber und klimaneutral produziert werden. Bis Mitte des Jahrhunderts will man insgesamt klimaneutral werden. Das sind ähnliche Ziele, wie wir sie hier in Europa haben. Da ist die Administration durchaus vorne mit dran. Aber es kommt wirklich darauf an, ob man

es innenpolitisch umsetzen kann. Ein bisschen einfacher wäre es, auf Technologie zu setzen und zu sagen: „Okay, wir fördern einfach innovative, umweltfreundliche Technologie. Die wird sich dann einfach durchsetzen, wenn sie marktfähig ist und irgendwie kostengünstiger ist als fossile Energieträger.“ Das würde vielleicht ein bisschen einfacher sein, aber auch dafür braucht er natürlich die Finanzierung durch den Kongress.

Anja Schüler: Dann schauen wir nochmal auf ein weiteres globales Problem, bei dem auch die amerikanische Innenpolitik keine geringe Rolle spielt und das uns natürlich alle im Augenblick sehr beschäftigt – die Corona-Pandemie. Aus den USA kommen fast täglich neue Höchststände bei den Infektionen und den damit verbundenen Todesfällen. Es ist dramatisch, und Biden steht natürlich auch hier vor dem Scherbenhaufen der Politik seines Vorgängers. Wie sehr hat denn das Management oder eher das Missmanagement der Corona-Krise dem internationalen Ansehen der USA geschadet?

Reinhard Wolf: Das kann ich nicht so genau sagen. Was man weiß, ist die sehr kritische Beurteilung des Managements der COVID19-Pandemie in den USA. So waren es, glaube ich, im Schnitt fünfzehn Prozent der Europäerinnen und Europäer, die sagen, die USA hätten es unter Trump gut gemacht. Eine große Mehrheit hingegen teilt diese Meinung nicht. Im Vergleich dazu beurteilt man die Performanz der eigenen nationalen Regierung viel besser: Ungefähr sechzig Prozent sagen, dass es die Regierung oder die E.U. gut gemacht hat. Da sieht man schon, dass es sehr negative Noten für die USA gibt. Aber das Ansehen der USA war ja vorher auch schon sehr weit unten. Zwar ist es jetzt in den letzten Monaten nochmal ein bisschen gesunken, aber das Niveau war vorher schon sehr, sehr niedrig. Natürlich hängt das auch wieder maßgeblich mit Trump zusammen. Wenn wir ein bisschen weiter in die Vergangenheit zurückgehen, sehen wir, dass das Ansehen der USA stark korreliert hat mit dem Ansehen des jeweiligen Präsidenten. Insbesondere wenn wir Bush und Obama vergleichen, kann man wirklich sehr deutlich sehen, dass der Amtsinhaber einen großen Effekt hat. Daher könnte ich mir schon vorstellen, dass auch viele sagen, dass es jetzt ein Missmanagement gab, was vor allen Dingen an Trump und weniger an den USA selbst lag, wobei es natürlich auch da Kritik am Gesundheitssystem gibt. Aber ich nehme mal an, dass viele Europäerinnen und Europäer oder auch Asiaten denken „na ja, es liegt wirklich auch sehr, sehr stark an Trump selber“ und wenn Trump dann nicht mehr im Weißen Haus sitzt, könnte sich

auch in der Perspektive dieser Nicht-Amerikaner die Wahrnehmung wieder ändern. Dass man dann meint, dass die USA es schon ganz gut unter der neuen Administration machen, hängt natürlich auch davon ab, wie effektiv Biden wird agieren können und ob wir entsprechende Erfolge auf diesem Sektor haben werden.

Anja Schüler: Das war eben ein gutes Stichwort für meine letzte Frage. Ich wollte nochmal auf die Nachricht zu sprechen kommen, die uns in dieser Woche sehr beschäftigt hat: Am vergangenen Montag konnte das Biden-Team endlich offiziell mit dem Prozess der Amtsübergabe beginnen. Im Vergleich mit dem sonst üblichen Vorgehen sind damit etwa drei Wochen verloren gegangen. Könnte diese Verzögerung Konsequenzen haben? Speziell denke ich da an die Folgen für die nationale Sicherheit, aber eben auch für den Neustart der internationalen Beziehungen. Denn gedauert hat es nun doch lange, bis einige Staatsführer gratuliert haben.

Reinhard Wolf: Ja, manche waren natürlich auch verunsichert. Wie geht es jetzt weiter? Bleibt Trump am Ende vielleicht doch sogar im Amt und nimmt es mir dann furchtbar übel, wenn ich schon Biden gratuliert habe? Das weiß man nicht. Natürlich ist Zeit verloren gegangen, und es ist schwierig, Ihre Frage kompetent zu beantworten. Ich kann das nicht, denn dazu müsste man wissen, wie intensiv diese Briefings sind und welche Gefahrenlage die Geheimdienste aktuell kennen, die wir nicht kennen. Es ist auf jeden Fall ein Nachteil, weil die Regierung wertvolle Vorbereitungszeit verliert. Auch gibt es Stimmen, die sagen, dass dieser verzögerte Übergang von Clinton zu Bush 2000 – lange Zeit war es eben unklar, ob nun Gore oder Bush gewonnen hatte – durchaus die nationale Sicherheit beeinträchtigt hätte. Manche sagen sogar, dass das ein bisschen dazu beigetragen habe, dass die USA mit Al Qaida nicht so gerechnet haben, wie sie hätten rechnen müssen. Denn wenige Monate später, am 11. September, kam es dann zu den Anschlägen auf das World Trade Center. Man kann sicher sagen, dass es eine schädliche Beeinträchtigung ist. Aber wie gravierend das ist, solange es eben bei drei Wochen bleibt, nun ja, das kann ich nicht kompetent genug beantworten.

Anja Schüler: Gut, dann müssen wir am Ende immer noch ein bisschen abwarten, bis die Amtsgeschäfte auch offiziell übergeben sind, am 20. Januar 2021. Ganz herzlichen Dank, Herr Wolf, für dieses sehr interessante Gespräch. Das war die 28. Folge des HCA-Podcasts. Mein Name ist Anja Schüler und ich möchte sie noch aufmerksam machen auf die Ruperto-Carola-Ringvorlesung zum Thema „Quo Vadis USA?“. Sie

können die neuen Beiträge immer mittwochs auf *hei_ONLINE* abrufen, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In der nächsten Woche wird dann hier im Podcast der Historiker Axel Jansen zu Gast sein. Er ist stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Washington und von dort wird er über die USA zwischen zwei sehr gegensätzlichen Administrationen berichten, aber auch über den Alltag in der Pandemie. Für heute geht mein Dank an mein Team für die Unterstützung und an Sie – danke, dass Sie den HCA-Podcast wieder angeklickt haben. Wir hören uns, wenn Sie mögen, in der nächsten Woche wieder. Bis dahin – bleiben Sie gesund.